



VOX-Analyse September 2021

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 2021

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Tobias Keller: Projektleiter

Aaron Venetz: Projektleiter Dataprojekte/Programmierer

Olga Jenzer: Praktikantin Data Science

Maja Schoch: Praktikantin Data Science

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	6
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	10
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	10
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	11
3.3	Die Informationsgewinnung	11
4	VOLKSINITIATIVE "LÖHNE ENTLASTEN, KAPITAL GERECHT BESTEUERN" (KAPITALBESTEUERUNG). 14	
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	14
4.2	Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	15
4.3	Die Motive	19
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	22
5	ÄNDERUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHES (EHE FÜR ALLE)	24
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	24
5.2	Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	25
5.3	Die Motive	28
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	30
6	ANHANG	33
6.1	Technischer Bericht	33
6.2	Über die Studie	37
6.3	gfs.bern-Team	38

1 Die zentralen Befunde

Eine Frage der Gerechtigkeit – doch mit zwei unterschiedlichen Ausgängen: Während die "Ehe für alle" eine Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare brachte, explizit dem Zeitgeist entsprach und eine breite Mehrheit fand, hat es die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" nicht geschafft, eine "neue" Gerechtigkeit bei der Kapitalbesteuerung zu schaffen. Die Sorge vor der Schwächung des Mittelstandes und wirtschaftliche Gründe haben zu einem Nein bei der Kapitalbesteuerung geführt. Obwohl beide Initiativen klare Mehrheiten von "links" hatten, erhielt nur die Ehe für alle auch breite Unterstützung von Sympathisierenden anderer Parteien und von Parteiunabhängigen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'024 Stimmberechtigten der VOX-Analyse September 2021. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Nein zur Änderung des Status Quo bei der Kapitalbesteuerung

Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" (Kapitalbesteuerung)

Die Kapitalbesteuerung zielt darauf ab, dass Kapitaleinkommen wie Zinsen oder Dividenden höher besteuert würden. Die Mehrheit der Bevölkerung hat aber die Initiative abgelehnt. Zustimmung erhielt die Initiative lediglich von "links". Mitte, Rechts und Personen ohne Parteibindung haben ein klares Nein eingelegt. Die Gründe der Pro-Seite waren, dass damit mehr Steuergerechtigkeit geschaffen werden kann und damit auch die Ungleichheit bekämpft werden kann, aber diese Argumente haben keine Mehrheit erreicht. Die Nein-Gründe, die mehr überzeugten, zeugten davon, dass der Status Quo bei der Kapitalbesteuerung nicht geändert werden soll: Kapital werde bereits besteuert, es gäbe bereits genug Umverteilung und der Mittelstand würde bei einem Ja leiden. Nur ein Pro-Argument hat eine Mehrheit erreicht: Wenn der Unterschicht und dem Mittelstand mehr Geld zur Verfügung stünden, würde das die Schweizer Wirtschaft ankurbeln. Doch der Status Quo und die Sorge über eine mögliche Schwächung des Mittelstands hielten eine Mehrheit davon ab, die derzeitige Kapitalbesteuerung zu ändern.

Ja zur überfälligen Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

Die "Ehe für alle" führt eine Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare ein. Die Gesetzesänderung erhielt Unterstützung von fast allen Seiten: Durch fast alle Altersgruppen erhielt sie grosse Unterstützung, ebenso von Personen, die sich als links oder rechts einstufen. Gegenwind kam nur aus vereinzelt Personengruppen: Nämlich von Personen, die sich als rechts aussen bezeichnen, die mit der SVP sympathisieren und die Freikirchen sehr stark vertrauen. Die Anhängerschaft der Mitte war gespalten: 49 Prozent stimmten für die Ehe für alle. Dementsprechend waren auch Nein-Motive und – Argumente geprägt: Die Ehe für alle sei unnötig, falsch oder nicht nach Gottes Plan. Ebenso hat die "Kinder-Frage" polarisiert: das Nein-Lager hat argumentiert, dass Kinder Mutter und Vater als Vorbild brauchen. Alle diese Argumente fanden aber bei weitem keine Mehrheit. So haben die Pro-Argumente sehr viel stärker überzeugt und auch im Nein-Lager Zuspruch gefunden: Die Ehe für alle war längst überfällig und entspricht

dem heutigen Zeitgeist. Sogar Personen, die eine gemischte Haltung dazu haben, ob die Schweiz eher mit dem Zeitgeist gehen oder eher die Traditionen wahren soll, haben mehrheitlich Ja gestimmt. Ebenso sei auch bei der Kinder-Frage entscheidend, dass sie Liebe und Fürsorge erfahren – und nicht die sexuelle Orientierung der Eltern. Damit zieht die Schweiz mit der Gleichberechtigung für gleichgeschlechtliche Paare mit ihren Nachbarländern gleich.

Mobilisierung von linksaussern und Parteien aus der Mitte

Die Beteiligung

Am eidgenössischen Urnengang vom 26. September 2021 nahmen leicht überdurchschnittlich viele Stimmberechtigte an der Abstimmung teil: Bei den zwei Vorlagen lag die Teilnahme bei rund 52,4 Prozent. Die Ehe für alle hat stärker mobilisiert als die Kapitalbesteuerung. Unter den Mobilisierten befanden sich verstärkt Personen, die sich auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung als linksaussern bezeichnen. Ebenfalls haben viele Personen teilgenommen, die mit der SP, FDP, GLP und den Grünen sympathisieren.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 26. September 2021 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden. Die Ehe für alle wurde angenommen, die Kapitalbesteuerung abgelehnt.

2 Die Beteiligung

Am 26. September 2021 haben die Schweizer Stimmberechtigten über zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" (Kapitalbesteuerung)
2. Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

Die Stimmbeteiligung betrug bei beiden Vorlagen rund 52,4 Prozent.¹ Damit ist die Stimmbeteiligung weiterhin vergleichsweise hoch, auch wenn im Juni 2021 und im September 2020 mit fast 60 Prozent Stimmbeteiligung eine klar höhere Teilnahme erreicht wurde.

In Tabelle 1 wird die Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Die Teilnahme entlang gesellschaftlicher Gruppen zeigt übliche Muster auf. Die Teilnahme zeigt eine deutliche Abhängigkeit vom Alter und individuellen Bildungsgrad. Tendenziell lässt sich sagen, je älter oder je höher der Bildungsgrad von jemandem ist, desto höher fällt auch die Teilnahme von Personen dieser Gruppe aus. Die Hälfte der Teilnehmenden war über 53 Jahre alt². In hohem Mass gilt die Altersabhängigkeit bei Männern, die 65jährig oder älter sind. Hier wirkt klassisch die Vorstellung der Teilnahme als Bürgerpflicht.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index.html)

² Median bei Frauen: 54 Jahre, Median bei Männern: 52 Jahre.

Tabelle 1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	52.6	2985	
Alter			V=.16***
18-29 Jahre	46	412	± 4.8
30-39 Jahre	43	428	± 4.7
40-49 Jahre	48	474	± 4.5
50-59 Jahre	51	630	± 3.9
60-69 Jahre	59	512	± 4.3
70 Jahre und älter	66	529	± 4
Geschlecht			V=.02
Frauen	52	1571	± 2.5
Männer	54	1414	± 2.6
Geschlecht und Alter			V=.14***
Frauen / 18-39	44	446	± 4.6
Männer / 18-39	45	394	± 4.9
Frauen / 40-65	50	717	± 3.7
Männer / 40-65	54	646	± 3.8
Frauen / 65+	62	408	± 4.7
Männer / 65+	65	374	± 4.9
Bildungsgrad			V=.19***
ohne nachobligatorische Bildung	43	313	± 5.5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	47	965	± 3.2
Maturität/höhere Berufsbildung	53	792	± 3.5
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	69	791	± 3.2
Haushaltseinkommen			V=.14***
bis 3'000 CHF	41	152	± 7.9
3'000-5'000 CHF	48	391	± 5
5'000-7'000 CHF	48	443	± 4.7
7'000-9'000 CHF	55	463	± 4.5
9'000-11'000 CHF	55	367	± 5.1
über 11'000 CHF	65	681	± 3.6

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramér's V-Tests und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Weiterhin zeigt sich eine starke Abhängigkeit der Mobilisierung entlang politischer Merkmale. Wie üblich erklärt das grundsätzliche Interesse an der Politik die Teilnahme äusserst stark: hohes Interesse führt zu erhöhter Teilnahme. Personen, die sich auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung als linksausen einstufen, wurden am stärksten mobilisiert – sehr viel stärker als der Gegenpol rechtsausen. Hinsichtlich Parteisympathie zeigt sich dieses Muster nicht ganz so eindeutig: Personen, die der SP (67%), den Grünen (64%) oder der GLP (64%) sympathisch gegenüberstehen, gingen eher an die Urne als bürgerliche (z.B. Die Mitte 58% oder SVP 50%) oder rechte Parteien – mit einer Ausnahme: FDP-Sympathisierende nahmen ebenfalls zu 66 Prozent an der Abstimmung teil. Personen, die dem Bundesrat nur gering oder sogar sehr gering vertrauen, waren zu rund 56 Prozent stark mobilisiert. Minim stärker mobilisiert wurden aber auch Personen, die dem Bundesrat hohes oder sehr hohes Vertrauen schenken (59%). Das sind ähnliche Werte wie bei der Abstimmung im Juni 2021.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	52.6	2985	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.15***
linksausen (0-2)	70	329	± 5
links (3,4)	63	549	± 4
Mitte (5)	48	790	± 3.5
rechts (6,7)	56	582	± 4
rechtsausen (8-10)	58	348	± 5.2
Parteisympathie			V=.23***
SVP	50	482	± 4.5
FDP	66	456	± 4.4
Die Mitte	58	315	± 5.5
GLP	64	217	± 6.4
SP	67	463	± 4.3
Grüne	64	251	± 6
andere Partei	61	153	± 7.8
keine	33	310	± 5.2
Politisches Interesse			V=.44***
sehr interessiert	85	524	± 3.1
eher interessiert	65	1512	± 2.4
eher nicht interessiert	28	751	± 3.2
überhaupt nicht interessiert	18	147	± 6.2

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Vertrauen in den Bundesrat			V=0.1***
sehr gering bis gering (0-4)	56	365	± 5.1
mittel (5)	48	530	± 4.3
hoch (6-7)	49	685	± 3.7
sehr hoch (8-10)	59	1275	± 2.7

32 Prozent der Nicht-Teilnehmenden haben angegeben, dass sie vergessen haben, an der Abstimmung teilzunehmen (vgl. Tabelle 3). Das waren etwas mehr als an der letzten Abstimmung. Ebenfalls waren etwas mehr "verhindert" und konnten deshalb nicht teilnehmen (26%). 13 Prozent haben als Grund Entscheidungsschwierigkeiten angegeben. Desinteresse an den Themen war für 11 Prozent der entscheidende Grund. 9 Prozent gaben an, dass das Abstimmungsergebnis auch ohne ihre Stimme klar gewesen ist. Gründe, die für Politikverdrossenheit sprechen könnten, wurden von wenigen angegeben: 6 Prozent gaben an, dass ihre Meinung sowieso nichts ändere, respektive 7 Prozent, dass es auf ihre Stimme nicht ankomme. 5 Prozent gaben an, dass sie aus Prinzip nie an Abstimmungen teilnehmen würden. 3 Prozent gaben an, dass sie demokratischen Prozessen misstrauen würden.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen.	32	219
Ich war verhindert.	26	180
Ich konnte mich nicht entscheiden.	13	82
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert.	11	75
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist.	9	53
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt.	7	38
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern.	6	40
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert.	5	36
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil.	5	33
Ich misstrau demokratischen Prozessen.	3	17
weiss nicht / keine Angabe	7	54

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 796. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Kapitalbesteuerung 5.7 und für die Ehe für alle 6.8. Das sind beides vergleichsweise tiefe Werte (z.B. Vergleich VOX-Analyse Juni 2021).

Auch die Inserateanalyse von Année Politique Suisse zeigt, dass gerade durchschnittlich viele Inserate für die Kapitelbesteuerung geschaltet wurden (ca. 250 Inserate, davon fast ausschliesslich für die Contra-Kampagne), während sehr wenige Inserate für die Ehe für alle geschaltet wurden (rund 60 Inserate, davon mehrheitlich für die Pro-Kampagne).³

Tabelle 4: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Kapitalbesteuerung		Ehe für alle	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	11	213	11	220
gering (2-4)	20	398	10	212
mittel (5)	16	341	12	254
hoch (6-8)	36	720	28	614
sehr hoch (9-10)	18	364	39	868
Mittelwert (total)	5.7	2036	6.8	2168

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

³ APS-Inserate-Analyse vom 26. September 2021

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Verständnisschwierigkeit war sehr unterschiedlich bei den beiden Vorlagen (Tabellen 6 und 7): Während deutlich mehr als vier von fünf es leicht fanden, sich bei der Ehe für alle zu entscheiden (92%), lag der Wert gerade mal bei 64 Prozent bei der Kapitalbesteuerung. Insgesamt fiel dementsprechend nur einigen Stimmberechtigten eine Entscheidung bei der Ehe für alle schwer.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnis-schwierigkeiten	Kapitalbesteuerung		Ehe für alle	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	64	1234	92	1989
eher schwer	36	719	8	161
N (total)		1953		2150

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabellen 8). Demnach war die Ehe für alle deutlich stärker vorbestimmt als die Kapitalbesteuerung. Rund vier von fünf wussten von Anfang an, wie sie bei der Ehe für alle stimmen würden. Etwas weniger als 60 Prozent wussten bei der anderen Vorlage von Anfang an, wie sie stimmen würden. Während des Abstimmungskampfes haben sich zwischen einem Drittel und rund 10 Prozent entschieden. Last-Minute-Entscheidungen wurden eher bei der Kapitalbesteuerung getroffen: 11 Prozent gaben an, sich im letzten Moment entschieden zu haben.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Kapitalbesteuerung		Ehe für alle	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	58	1129	84	1852
während Abstimmungskampf	31	642	13	268
im letzten Moment	11	247	3	61
N (total)		2018		2181

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, sind in ähnlicher Reihenfolge wie bei den vorherigen Abstimmungen (Tabelle 10). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10), mit der sie sich mit diesem Medium informiert haben.

Artikel in Zeitungen (83%), das Bundesbüchlein (81%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (76%) waren erneut die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von rund 6 auch intensiver als alle übrigen beachtet. Online-Quellen haben ebenfalls eine hohe Bedeutung: Mit 66 Prozent, die News-Seiten im Internet beachten, ist diese Quelle die Nummer vier und auch in der Nutzungsintensität belegt diese weiterhin einen Platz in oberen Rängen. Etwas weniger als zwei Drittel nutzen Abstimmungssendungen im Radio mit fast derselben Intensität im Mittelwert, wie News-Seiten genutzt werden. Leserbriefe, Abstimmungszeitungen, Flyer, Inserate in Zeitungen oder Strassenplakate werden von rund 55 Prozent genutzt. Meinungsumfragen werden von etwas weniger als der Hälfte genutzt. Auf den hinteren Rängen finden sich Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz, Filme und Videoclips im Internet oder soziale Medien. Die VoteInfo-App wird zwar nur von 28 Prozent genutzt, die Nutzungsintensität ist mit 5.1 gleich hoch wie News-Seiten im Internet.

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Artikel in Zeitungen	83	6	1851
Bundesbüchlein	81	6.4	1837
Abstimmungssendungen am Fernsehen	76	5.8	1700
News-Seiten im Internet	66	5.1	1482
Abstimmungssendungen am Radio	64	5.2	1446
Abstimmungszeitungen oder Flyers	56	4.5	1264
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	55	4.2	1230
Strassenplakate	54	3.4	1188
Inserate in Zeitungen	51	3.8	1174
Meinungsumfragen	45	3.9	1040
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	43	4	984
Mitteilungen am Arbeitsplatz	35	4	785
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	34	4.4	766
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel auf Youtube	30	3.8	713
VoteInfo-App vom Bund	28	5.1	637

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte ("Nutzungsanteil in %") gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte ("Nutzungsintensität") informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. n = 2'227.

Erneut lassen sich Unterschiede zwischen hauptsächlichem Kommunikationskanal und dem Stimmverhalten festhalten (Tabellen 11). Bei der Kapitalbesteuerung haben sich Ja-Stimmende häufiger online informiert als offline, ebenfalls haben Ja-Stimmende bei der Ehe für alle viel häufiger online-Kanäle genutzt als offline. Bemerkenswert ist, dass die Unterschiede zwischen Ja-Anteilen bei online- und offline-Nutzenden relativ gross sind (im Vergleich zu vorherigen VOX-Analysen im 2021).

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Kapitalbesteuerung			Ehe für alle		
	Ja-Stimmende in %	n	SD	Ja-Stimmende in %	n	SD
online	50	353	± 5.2	81	380	± 3.9
beides gleich	29	733	± 3.3	54	756	± 3.6
offline	35	915	± 3.1	68	935	± 3
N (total) / Cramér's V		2001	V=.15***		2071	V=.21***

4 Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" (Kapitalbesteuerung)

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die heutige Einkommenssteuer in der Schweiz besteuert progressiv Löhne, Renten und Kapitaleinkommen. Kapitaleinkommen sind beispielsweise Gewinne aus Aktien oder Verkäufen, Zinsen auf dem Ersparten usw.

Das Initiativkomitee, bestehend aus der JUSO, hat am 2. April 2019 die nötigen 109'332 Unterschriften eingereicht. Die Initianten argumentieren, dass eine gerechtere Kapitalbesteuerung die zunehmende Vermögensungleichheit verkleinern würde. Sie zielen eine Steuergerechtigkeit an und wollen somit die "99% der Bevölkerung" entlasten, welche kein Kapitaleinkommen oder Vermögen haben. Ab welcher Höhe das Kapitaleinkommen besteuert wird, würde bei einer Annahme das Parlament bestimmen. Befürworter:innen waren die SP und die Grüne Partei.

Der Bundesrat, das Parlament, die SVP, die FDP, die Mitte und die GLP sprachen sich alle gegen die Kapitalbesteuerungs-Initiative aus. Die Gegner:innen argumentierten, dass eine Annahme der Initiative zu negativen wirtschaftlichen Folgen führen würde, insbesondere zu einer Standortschwächung der Schweiz. Die heutige Besteuerung würde reichen, um eine gerechte Umverteilung zu erreichen. Ebenfalls würden bei einer Annahme individuelle Anreize zum Sparen verloren gehen. Die Ja-Parole fassten die Grünen und die SP.

Die Initiative wurde am 26. September mit einem 64,9 Prozent Nein-Anteil verworfen. Sie ist auch am Ständemehr gescheitert, alle Kantone lehnten die Initiative ab.

4.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 13) zeigen, dass sich die Zustimmung nach **ALTER**, **BILDUNG**, **HAUSHALTSEINKOMMEN** und **BESCHÄFTIGUNGSGRAD** unterscheidet. Obwohl die Effekte signifikant sind, fallen sie gemessen an ihrer Stärke aufgrund der kleinen Cramér's V (sehr) gering aus, insbesondere beim Haushaltseinkommen. Nicht signifikant ist der Unterschied nach **GESCHLECHT**.

INSGESAMT haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem Ja geführt, wobei in keiner Kategorie eine Mehrheit Ja gestimmt hat: Personen, die (eher) jünger sein, eine akademische Ausbildung abgeschlossen haben oder nicht Vollzeit arbeiten.

Im **DETAIL** zeigt sich hinsichtlich des **ALTERS** der Stimmenden, dass Personen im Alter von 18–39 Jahren vergleichsweise häufiger Ja gestimmt haben als andere Altersgruppen. Ältere ab einem Alter von 65 Jahren haben kaum Ja gestimmt. Hinsichtlich der **BILDUNG** zeigt sich, dass am häufigsten Personen mit einem FH-, ETH- oder Universitäts-Abschluss Ja gestimmt haben, nämlich fast die Hälfte. Beim **EINKOMMEN** gibt es keinen linearen Zusammenhang. Je nach Einkommen liegt der Ja-Anteil zwischen 32 und 40 Prozent. Bemerkenswert ist, dass Vollzeit-Beschäftigte (90–100%) noch eher Nein gestimmt haben als Teilzeit-Beschäftigte. Vermutlich befürchteten einige in dieser Gruppe, dass sie am ehesten von den Auswirkungen eines Ja betroffen gewesen wären.

Tabelle 9: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	35.1	2132	
Alter			V=.18***
18-29 Jahre	45	259	± 6.1
30-39 Jahre	48	271	± 6
40-49 Jahre	40	314	± 5.4
50-59 Jahre	35	453	± 4.4
60-69 Jahre	34	396	± 4.7
70 Jahre und älter	22	439	± 3.9
Geschlecht			V=.04
Frauen	37	1079	± 2.9
Männer	33	1053	± 2.8
Bildungsgrad			V=.15***
ohne nachobligatorische Bildung	28	198	± 6.3
berufliche Grundbildung/Berufslehre	28	635	± 3.5
Maturität/höhere Berufsbildung	35	584	± 3.9
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	46	649	± 3.8
Beschäftigungsgrad			V=.12***
Vollzeit (90-100%)	31	1273	± 2.6
Teilzeit zwischen 70% und 89%	45	281	± 5.8
Teilzeit zwischen 50% und 69%	40	279	± 5.8
Teilzeit weniger als 50%	43	174	± 7.4
Haushaltseinkommen			V=0.1*
bis 3'000 CHF	40	87	± 10.3
3'000-5'000 CHF	33	262	± 5.7
5'000-7'000 CHF	43	301	± 5.6
7'000-9'000 CHF	42	350	± 5.2
9'000-11'000 CHF	34	271	± 5.6
über 11'000 CHF	32	562	± 3.8

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN waren für die Entscheidung über die Kapitalbesteuerung deutlich relevanter als der Lebensraum, Schichtzugehörigkeit oder Personeneigenschaften (Tabelle 14).

INSGESAMT haben folgende politische Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala bei links sowie eine Parteiaffinität für eine grün oder links orientierte Partei. Werteseitig beförderten geringes Vertrauen in Wirtschaftsverbände sowie private und Kantonalkassen ein Ja. Zudem führten Präferenzen für mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft sowie für höhere Steuern auf hohe Einkommen ebenfalls eher zu einem Ja.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass je weiter links sich eine Person hinsichtlich der politischen **IDEOLOGIE** einstuft, desto eher er oder sie für die Kapitalbesteuerung stimmt. So ergab sich bei Personen von links aussen ein Ja-Anteil von 91 Prozent im Gegensatz zu Personen von rechts aussen, die zu 10 Prozent Ja gestimmt haben. Die insgesamt starke Ablehnung kam auch durch die Personen zustande, die sich selber in der politischen Mitte verorten. Sie stimmten mit 22 Prozent Ja-Anteil sehr klar für ein Nein.

Auch unter Einbezug der **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigt sich dasselbe Muster: "Links" gegen den "Rest": Während die Grünen mit 76 Prozent Ja stimmten und die SP mit 73 Prozent, waren zentrale und rechte Parteien klar dagegen: Die GLP war noch am unschlüssigsten mit 38 Prozent Ja-Anteil, die Mitte (14%), die FDP (10%) und die SVP (11%) waren grossmehrheitlich dagegen. Die Nein-Seite erhielt auch mehrheitlich Unterstützung von denjenigen, die mit einer anderen Partei sympathisieren (45% Ja-Anteil).

Dasselbe spiegelt sich auch wider, wenn das **VERTRAUEN** in die Wirtschaftsverbände respektive in private und Kantonalkassen abgefragt wurde. Wer weniger oder mindestens geringes Vertrauen in die Bankenwelt zeigt, hat mehrheitlich Ja gestimmt (54%). Mittleres oder grösseres Vertrauen korreliert stark mit einem Nein. Beim Vertrauen in die Wirtschaftsverbände zeigt sich, dass auch sehr geringes Vertrauen nicht zu einem mehrheitlichen Ja geführt hat. Hohes Vertrauen in die Wirtschaftsverbände ging mit einem klaren Nein einher.

Die **WERTEHALTUNGEN** prägten das Stimmverhalten. Wie schon die Entscheidung entlang der Parteipräferenzen nahelegte, erhöhte eine Präferenz für mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft den Trend zum Ja (71% Ja-Anteil) sowie eine Präferenz für eine stärkere Steuerbelastung auf hohe Einkommen (63% Ja-Anteil).

Tabelle 10: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	35.1	2132	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.6***
linksaussen (0-2)	91	269	± 3.5
links (3-4)	57	439	± 4.6
Mitte (5)	22	544	± 3.5
rechts (6-7)	11	446	± 2.9
rechtsaussen (8-10)	10	255	± 3.6
Parteisympathie			V=.57***
SVP	11	335	± 3.4
FDP	10	370	± 3
Die Mitte	14	238	± 4.4
GLP	38	179	± 7.1
SP	73	372	± 4.5
Grüne	76	199	± 5.9
andere Partei	45	110	± 9.3
keine	27	168	± 6.7
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=.27***
sehr gering bis gering (0-4)	49	794	± 3.5
mittel (5)	29	569	± 3.7
hoch (6-7)	22	391	± 4.1
sehr hoch (8-10)	16	174	± 5.5
Vertrauen in Private Banken in der Schweiz und Kantonalbanken			V=.29***
sehr gering bis gering (0-4)	54	675	± 3.8
mittel (5)	32	537	± 3.9
hoch (6-7)	26	447	± 4.1
sehr hoch (8-10)	17	382	± 3.8
Wertehaltung: "eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt"			V=.41***
Mehr Staatseingriffe	71	364	± 4.7
gemischte Wertehaltung	38	824	± 3.3
Mehr Wettbewerb	16	714	± 2.7

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen erhöht werden, oder eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen vermindert werden."			V=0.5***
Steuern auf hohe Einkommen erhöhen	63	946	± 3.1
gemischte Wertehaltung	13	725	± 2.4
Steuern auf hohe Einkommen vermindern	17	259	± 4.5

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 15) lassen sich in zwei Überkategorien gliedern: Steuergerechtigkeit respektive Steuerentlastung (36% aller Erstnennungen, 83% aller Nennungen) und die Bekämpfung der Ungleichheit (27% resp. 52%).

Die Minderheit, die sich für die Kapitalbesteuerung aussprach, begründete dies in erster Linie mit mehr Gerechtigkeit im Steuersystem und einer Steuerentlastung. Die drei stärksten Argumente in dieser Kategorie verdeutlichten, dass es vor allem um die gerechte Besteuerung derjenigen mit viel Kapital ging (13% resp. 27%) und dass dieses Kapital besteuert werden müsse (5% resp. 14%). Ebenso war für sie ausschlaggebend, dass dadurch eine gerechtere Umverteilung der Steuerlast entstünde (8% resp. 15%).

Viele Ja-Stimmenden versprachen sich dadurch, dass die Ungleichheit zwischen Arm und Reich bekämpft werden würde. Das führe nämlich zu mehr sozialer Gerechtigkeit (9% resp. 18%) und zur Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit. Die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich würde dadurch wieder geschlossen werden (11% resp. 16%).

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Steuergerechtigkeit/-entlastung	36	282	83	619
gerechte Besteuerung	13	100	27	200
mehr Umverteilung	8	58	15	115
Kapital besteuern	5	38	14	101
Ungleichheit bekämpfen	27	190	52	357
soziale Gerechtigkeit	9	68	18	122
zunehmende Ungleichheit	11	73	16	116
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	5	42	15	103
Anderes	0	3	1	11
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	5	0	5
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	9	1	11
weiss nicht / kein Grund angegeben	28	228	71	560

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** bei der Kapitalbesteuerung bezogen sich vor allem auf wirtschaftliche resp. finanzielle Risiken (19% aller Erstnennungen resp. 37% aller Nennungen) und eine falsche Gerechtigkeit (10% resp. 16%).

Das Nein war auch ein Ausdruck davon, dass der Status Quo bereits genüge. Denn eines der häufigsten genannten Argumente im Bereich der wirtschaftlichen Risiken ist, dass das Kapital und das Vermögen bereits besteuert würde (5% resp. 7%). Für andere war die Belastung respektive Schwächung der KMU-Branche ausschlaggebend für ein Nein (3% resp. 4%) – und allgemein sorgten sich viele bei einem Ja um die insgesamt negativen Folgen für die Wirtschaft (2% resp. 4%).

Ebenfalls oft wurden Motive in der Überkategorie "falsche Gerechtigkeit" genannt. Die falsche Gerechtigkeit bedeutet, dass zwar anerkannt wird, dass Gerechtigkeit mit einem Ja angestrebt wird, aber diese nicht gerechter sei als die jetzige. So betrachteten in dieser Kategorie viele an, dass die Schweiz bereits genug Geld umverteile (3% resp. 5%), dass eine neue finanzielle Ungerechtigkeit (3% resp. 4%) entstünde und der Mittelstand unnötig belastet werde (2% resp. 4%).

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
wirtschaftliche/finanzielle Risiken	19	266	37	509
Kapital/Vermögen wird bereits besteuert	5	73	7	104
Belastung/Schwächung KMU	3	30	4	50
negative Folgen für Wirtschaft	2	37	4	58
falsche Gerechtigkeit	10	133	16	218
genug Umverteilung	3	36	5	56
finanzielle Ungerechtigkeit	3	41	4	56
Belastung Mittelstand	2	34	4	55
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	23	301	36	466
Anderes	1	8	1	12
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	2	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	35	3	48
weiss nicht / kein Grund angegeben	37	522	78	1087

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 17). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich ziemlich gut fundiert aus⁴: 71 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Pro-Argumente leicht besser als Contra-Argumente. Denn das einzige Argument, das über beide Lager hinweg mehrheitliche Zustimmung erhielt, ist, dass der Mittelstand gestärkt werden müsse respektive nicht geschwächt werden darf.

Unter den **PRO-ARGUMENTEN** war das Argument über den Mittelstand am stärksten: 69 Prozent aller Stimmenden waren überzeugt davon, dass mit mehr Geld bei der Unter- und Mittelschicht die Wirtschaft insgesamt profitieren würde (81% Zustimmung der Ja-Stimmenden und 64% der Nein-Stimmenden). Das zweitstärkste Argument, dem 75 Prozent der Ja-Stimmenden zugestimmt haben, lautet, dass die Schweiz stets gestärkt aus Krisen hervorgeht und deshalb das Kapital höher als die Löhne besteuern soll. 50 Prozent der Nein-Stimmenden waren aber damit nicht einverstanden. Schliesslich waren auch 83 Prozent der Ja-Stimmenden davon überzeugt, dass mit bestehendem Vermögen nicht noch mehr Geld verdient werden sollte, da das keine Leistung sei. Ebenfalls 60 Prozent der Nein-Stimmenden waren dagegen. Dieses Pro-Argument hat am stärksten polarisiert.

Keines der drei getesteten **CONTRA-ARGUMENTE** überzeugte eine Mehrheit der Stimmenden. Am meisten Zustimmung erhielt das Argument, dass die Umverteilung übertreibt (44%). Von den Nein-Stimmenden waren 61 Prozent davon überzeugt, von den Ja-Stimmenden hingegen 62 Prozent nicht. Dass von der neuen Steuer mehr als 1 Prozent betroffen seien – nämlich auch KMUs oder Kleinsparer – war für 58 Prozent der Nein-Stimmenden überzeugend, aber für 60 Prozent der Ja-Stimmenden nicht. Am stärksten polarisierte aber das dritte Argument: Da die Schweiz die Vermögen im internationalen Vergleich schon stark besteuert und deshalb kein Handlungsbedarf entstehe, war für 61 Prozent der Nein-Stimmenden richtig, aber 77 Prozent der Ja-Stimmenden waren damit nicht einverstanden.

⁴ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Wenn die Unterschicht und der Mittelstand mehr Geld zur Verfügung hat, können sie auch mehr Geld ausgeben und damit die Schweizer Wirtschaft ankurbeln.	total	69	18	13
	Ja-Stimmende	81	10	8
	Nein-Stimmende	64	24	13
Auch aus Krisen geht die Schweiz immer gestärkt hervor: Sie kann sich nun auch mehr Umverteilung von reich zu arm leisten.	total	45	36	19
	Ja-Stimmende	75	12	13
	Nein-Stimmende	31	50	19
Mit bestehendem Vermögen noch mehr Geld zu verdienen, ist keine Leistung, deshalb ist es richtig, Kapital höher als Löhne zu besteuern.	total	45	41	14
	Ja-Stimmende	83	8	9
	Nein-Stimmende	26	60	14
Kontra-Argumente				
Die Initiative übertreibt mit der Umverteilung, weil sie ab einem Schwellenwert das erzielte Kapitaleinkommen anderthalbfach zählt.	total	44	30	26
	Ja-Stimmende	17	62	21
	Nein-Stimmende	61	13	26
Von der neuen Steuer sind weit mehr als 1% betroffen: Familienunternehmen, KMUs oder Kleinsparer haben weniger Anreize zum Sparen und zum Investieren.	total	43	32	25
	Ja-Stimmende	19	60	21
	Nein-Stimmende	58	18	24
Die Schweiz besteuert Vermögen im internationalen Vergleich bereits hoch. Es besteht also keinen Handlungsbedarf.	total	42	40	19
	Ja-Stimmende	9	77	14
	Nein-Stimmende	61	21	18

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 69 Prozent aller Stimmenden (sowie 81% aller Ja-Stimmenden bzw. 64% aller Nein-Stimmenden) pflchteten dem Pro-Argument bei, dass die Unterschicht und der Mittelstand mehr Geld ausgeben können wenn sie auch mehr zur Verfügung haben und damit die Schweizer Wirtschaft ankurbeln. 18 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 13 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente Total 2'132 Ja-Stimmende 770, Nein-Stimmende 1'362.

5 Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

2013 hat die Grünliberale Fraktion eine parlamentarische Initiative mit dem Titel "Ehe für alle" eingereicht, die die Ehe unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung öffnen soll – und nicht nur die eingetragene Partnerschaft erlaubt. Neu sollten somit gleichgeschlechtliche Paare sich erleichtert einbürgern lassen, gemeinsam ein Kind adoptieren und die Samenspende für verheiratete Frauen zugänglich werden. Sie argumentieren, dass dies die Gleichstellung fördert, Akzeptanz und Toleranz fördert, besseren Schutz für Familien und Kinder bietet und eine folgerichtige Weiterentwicklung der Ehe wird.

Unterschiedliche Komitees von Politiker:innen der SVP, EDU, Mitte und EVP ergriffen das Referendum, das im April 2021 zustande kam. Sie widersprechen den Initiant:innen, da der traditionelle Ehe-Begriff zwischen Mann und Frau nicht diskriminierend ist, das Kindeswohl gefährdet wird und Tür und Tor für die künstliche Fortpflanzungsmedizin geöffnet wird. Für die Vorlage sprachen sich neben Bundesrat und Parlament die Grünen, die SP, die GLP, Die Mitte und die FDP aus.

Die Ehe für alle wurde mit grosser Mehrheit angenommen. 64,1 Prozent der Stimmbewölkerung haben Ja gesagt (20 6/2 Stände-Ja, 0 0/2 Stände-Nein). Damit zieht die Schweiz mit ihren Nachbarländern gleich. Nicht nur Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien, auch die Schweiz erlaubt die Ehe für alle.

5.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 18) zeigen, dass sich die Zustimmung nach **ALTER**, **GESCHLECHT**, **BILDUNG** und **EINKOMMEN** unterscheidet. Obwohl die Effekte signifikant sind, fallen sie gemessen an ihrer Stärke aufgrund der teilweise kleinen Cramérs V (sehr) gering aus – mit einer Ausnahme: Alter.

INSGESAMT haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem Ja geführt, wobei in keiner Kategorie eine Mehrheit Ja gestimmt hat: Personen, die jünger als 70 sind oder eine akademische Ausbildung abgeschlossen haben.

Im **DETAIL** zeigt sich hinsichtlich des **ALTERS** der Stimmenden, dass nur Personen, die 70 oder älter sind, mehrheitlich Nein gestimmt haben. Alle anderen Altersgruppen haben (zum Teil sehr) grossmehrheitlich Ja gestimmt. Hinsichtlich der **BILDUNG** zeigt sich, dass ebenfalls nur eine Gruppe nicht mehrheitlich Ja gestimmt hat: Personen ohne nachobligatorische Schulbildung. Beim **EINKOMMEN** gibt es keine grossen Unterschiede: Tendenziell war es so, dass je höher das Einkommen war, desto grösser war der Ja-Anteil. Jedoch war der Ja-Anteil in allen Einkommensgruppen gross.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	64.1	2220	
Alter			V=.31***
18-29 Jahre	79	288	± 4.7
30-39 Jahre	82	284	± 4.5
40-49 Jahre	74	337	± 4.7
50-59 Jahre	69	463	± 4.2
60-69 Jahre	57	408	± 4.8
70 Jahre und älter	41	440	± 4.6
Geschlecht			V=.11***
Frauen	69	1157	± 2.7
Männer	59	1063	± 3
Bildungsgrad			V=.21***
ohne nachobligatorische Bildung	47	207	± 6.8
berufliche Grundbildung/Berufslehre	57	675	± 3.7
Maturität/höhere Berufsbildung	65	599	± 3.8
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	78	667	± 3.1

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Haushaltseinkommen			V=.14***
bis 3'000 CHF	56	100	± 9.8
3'000-5'000 CHF	52	277	± 5.9
5'000-7'000 CHF	62	311	± 5.4
7'000-9'000 CHF	67	358	± 4.9
9'000-11'000 CHF	67	276	± 5.5
über 11'000 CHF	72	574	± 3.7

INSGESAMT haben folgende politische Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala von linksausen bis rechts (ohne rechtsausen) sowie jegliche Partiaffinität ausser die Mitte und SVP. Werteseitig beförderten grosses Vertrauen in Pink Cross sowie tiefes bis hohes (nicht sehr hohes) Vertrauen in Freikirchen ein Ja. Zudem führten Präferenzen für eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht und aktiv die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau fördert, eher zu einem Ja.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass je weiter links sich eine Person hinsichtlich der politischen **IDEOLOGIE** einstuft, desto eher hat er oder sie für die Ehe für alle stimmt bzw. gestimmt hat. So ergab sich bei Personen von linksausen ein Ja-Anteil von 97 Prozent, "links" bei 87 Prozent, Mitte bei 59 Prozent und auch rechts mehrheitlich mit 52 Prozent. Nur bei denen, die sich als rechtsausen bezeichnen, hat eine Mehrheit Nein gestimmt.

Auch unter Einbezug der **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigt sich ein ähnliches, aber weniger klares Muster: Während Sympathisierende der Grünen mit 92 Prozent Ja gestimmt haben, die SP- und GLP-Sympathisierenden mit je 89 Prozent Ja, war die FDP weniger einheitlich (60% Ja-Anteil). Bei Sympathisierenden der Mitte-Partei lag der Ja-Anteil bei 49 Prozent, bei der SVP bei 30 Prozent. Personen, die Sympathien zu keiner der genannten oder keiner Partei überhaupt hegen, haben auch mehrheitlich Ja gestimmt.

Der Ja-Anteil korreliert auch sehr stark mit dem **VERTRAUEN** in die Pink Cross-Organisation: nur diejenigen, die der Organisation (sehr) wenig vertrauen, haben mehrheitlich Nein gestimmt (26% Ja-Anteil). Wer mindestens mittleres Vertrauen in Pink Cross hat, hat (gross-)mehrheitlich Ja gestimmt. Umgekehrt verhält es sich mit dem Vertrauen in die Freikirchen: Nur diejenigen, die Freikirchen "sehr" vertrauen, haben mehrheitlich Nein gestimmt (12 Prozent Ja-Anteil).

Die **WERTEHALTUNGEN** widerspiegeln ebenfalls klar das Ja und Nein für die Ehe für alle. Dabei zeigt sich: dass diejenigen Ja stimmen, die sich eine Schweiz wünschen, die aktiv die Gleichberechtigung der Geschlechter fördert. Ebenso haben diejenigen, die sich eine Schweiz wünschen, die mit dem Zeitgeist geht, ebenfalls mit einem Ja abgestimmt. Interessanterweise haben auch diejenigen, die sich nicht klar für eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder eine Schweiz, die die Traditionen wahren, entscheiden konnten, mehrheitlich Ja gesagt (61% Ja-Anteil).

Tabelle 15: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	64.1	2220	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.45***
linksaussen (0-2)	97	280	± 2
links (3-4)	87	451	± 3.1
Mitte (5)	59	566	± 4.1
rechts (6-7)	52	456	± 4.6
rechtsaussen (8-10)	32	263	± 5.6
Parteisympathie			V=.47***
SVP	30	348	± 4.8
FDP	60	374	± 5
Die Mitte	49	247	± 6.2
GLP	89	182	± 4.5
SP	89	388	± 3.2
Grüne	92	206	± 3.7
Andere Partei	52	115	± 9.2
keine	66	181	± 6.9
Vertrauen in Pink Cross			V=.63***
sehr gering bis gering (0-4)	26	589	± 3.5
mittel (5)	72	376	± 4.5
hoch (6-7)	91	310	± 3.1
sehr hoch (8-10)	97	330	± 1.9
Vertrauen in Freikirchen			V=.28***
sehr gering bis gering (0-4)	70	1457	± 2.4
mittel (5)	58	227	± 6.4
hoch (6-7)	50	111	± 9.3
sehr hoch (8-10)	12	77	± 7.4
Wertehaltung: "eine Schweiz, die die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördert, oder eine Schweiz, die Gleichberechtigung nicht aktiv fördert"			V=.33***
aktive Förderung	75	1628	± 2.1
gemischte Wertehaltung	43	349	± 5.2
keine aktive Förderung	30	164	± 7.1

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: "eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt"			V=.44***
Zeitgeist	87	872	± 2.2
gemischte Wertehaltung	61	754	± 3.5
Traditionen schützen	33	469	± 4.3

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 20) lassen sich in zwei Überkategorien gliedern, die auch in den abgefragten Wertehaltungen erschienen sind: Gleichberechtigung und Toleranz (56% der Erstnennungen resp. 125% aller Nennungen) und Zeitgeist (14% resp. 31%).

Für die grosse Mehrheit der Stimmbevölkerung war die Gleichberechtigung zentraler Treiber für ein Ja. Dementsprechend gab es auch sehr viele Motive diesbezüglich. Die häufigsten genannten Argumente in diesem Bereich waren, dass die Gleichberechtigung zentral ist (33% resp. 49%), dass die gesetzliche Gleichstellung vonnöten ist (9% resp. 40%) und die Ehe nicht abhängig vom Geschlecht sein soll (5% resp. 12%).

Die andere Überkategorie lässt sich als Zeitgeist zusammenfassen. Die Ehe für alle ist zeitgemäss und wird als Fortschritt gewertet (5% resp. 9%). Zudem sei sie längst überfällig gewesen (4% resp. 8%) und eine Freiheit, die jedem und jeder gegeben werden soll (3% resp. 5%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Gleichberechtigung und Toleranz	56	851	125	1843
Gleichberechtigung	33	496	49	721
gesetzliche/formelle Gleichstellung	9	152	40	595
Ehe nicht abhängig vom Geschlecht	5	71	12	168
Zeitgeist	14	217	31	483
zeitgemäss, für Fortschritt	5	78	9	145
lange überfällig	4	64	8	124
Freiheit	3	45	5	74
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	7	107	14	213
Anderes	1	12	3	36
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	3	0	7
weiss nicht / kein Grund angegeben	21	326	67	1056

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen drei Aspekte im Vordergrund (Tabelle 21): Die Kinderfrage (35% aller Erstnennungen resp. 69% aller Nennungen), dass sie unnötig/falsch sei (19% resp. 32%) und aus religiösen Gründen (9% resp. 16%).

Als **HAUPTGRUND FÜR DIE KONTRA-SEITE** gaben die meisten die Kinderfrage an. Die meistgenannten Argumente in diesem Bereich waren, dass ein Kind Mutter und Vater braucht (11% resp. 21%), dass negative Folgen für Kinder befürchtet werden (8% resp. 15%) und schliesslich dass man gegen die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare sei (6% resp. 11%).

Die nächste Überkategorie war Voten vorbehalten, die die Ehe für alle als unnötig oder falsch bezeichneten, was jedoch nicht religiöse Gründen bzw. Argumente waren. So gaben einige an, dass die Ehe ein Bündnis zwischen Mann und Frau sei (9% resp. 14%). Andere gaben als Nein-Motiv an, dass sie die Ehe für alle als unnatürlich empfänden (6% resp. 10%).

Schliesslich führten einige religiöse Gründe an. Für sie entspricht die Ehe für alle nicht den Regeln der Bibel respektive dem Plan Gottes (2% resp. 5%) oder spricht grundsätzlich gegen die christlichen Werte und den christlichen Glauben (1% resp. 2%).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
klassisches Familienbild/Kinderfrage	35	238	69	460
Kind braucht Mutter und Vater	11	71	21	142
negative Folgen für Kinder/Schutz der Kinder	8	62	15	105
gegen Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare	6	31	11	62
unnötig/falsch	19	135	32	219
Ehe ist Bündnis zwischen Mann und Frau	9	64	14	95
unnatürlich	6	43	10	72
religiöse Gründe	9	49	16	86
nicht nach Bibel/Gottes Plan	2	11	5	20
gegen christlichen Glauben/Werte	1	9	2	15
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	56	16	111
Anderes	4	33	10	72
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	1	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	0	0	0
weiss nicht / kein Grund angegeben	25	181	69	494

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 22 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Ehe für alle entscheidungsrelevant.

Die Stimmentscheidung war insgesamt sehr stark fundiert: 87 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Pro-Argumente sehr viel besser als Kontra-Argumente. Denn alle Pro-Argumente erhielten insgesamt mehrheitliche Zustimmung und alle Kontra-Argumente erhielten mehrheitliche Ablehnung.

Unter den **PRO-ARGUMENTEN** hat das Argument zur Gleichstellung am meisten überzeugt: 71 Prozent aller Stimmenden waren überzeugt davon, dass die Ehe für alle ein längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare sei. 96 Prozent der Ja-Stimmenden waren damit einverstanden, 59 Prozent der Nein-Stimmenden nicht. Ähnlich viel Zustimmung von beiden Lagern erhielt auch das Argument, dass für das Wohl der Kinder die Fürsorge und Zuneigung wichtiger als die sexuelle Orientierung

der Eltern sei (69% Zustimmung). Ebenfalls fast alle Ja-Stimmenden waren damit einverstanden (93%). 64 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit nicht einverstanden. Das war das Argument, das am stärksten polarisiert hat. Dass es sowieso schon Kinder gibt, die in gleichgeschlechtlichen Haushalten gross werden, fanden insgesamt 68 Prozent richtig (82% der Ja-Stimmenden).

Keines der drei angegebenen **CONTRA-ARGUMENTE** überzeugte eine Mehrheit der Stimmenden. Am meisten Zustimmung erhielt das Argument, dass Kinder von beiden Geschlechtern einen Elternteil als Vorbild haben sollten (46%). 89 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, 72 Prozent der Ja-Stimmenden aber nicht. Insgesamt war dies das Argument, das am stärksten polarisiert hat. Ebenfalls stark polarisiert hat auch das Argument, dass lesbische Paare keinen Zugang zur Samenspende haben dürften: 73 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, 82 Prozent der Ja-Stimmenden nicht. Schliesslich hat auch das dritte Argument polarisiert: 69 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder nicht adoptieren dürfen sollen, wobei 85 Prozent der Ja-Stimmenden damit nicht einverstanden waren.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die Ehe für alle ist ein längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare.	Total	71	23	6
	Ja-Stimmende	96	2	2
	Nein-Stimmende	31	59	10
Das Wohl des Kindes hängt am stärksten von der Zuneigung und Fürsorge ab, die es umgibt. Da spielt das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern keine Rolle.	Total	69	26	6
	Ja-Stimmende	93	5	2
	Nein-Stimmende	27	64	9
Es gibt so oder so schon Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Haushalten gross werden, auch ohne Heirat.	Total	68	19	13
	Ja-Stimmende	82	10	8
	Nein-Stimmende	46	36	18
Kontra-Argumente				
Kinder sollten von jedem Geschlecht einen Elternteil als Vorbild haben.	Total	46	47	8
	Ja-Stimmende	21	72	7
	Nein-Stimmende	89	6	6
Lesbische Paare dürfen keinen Zugang zu Samenspenden erhalten.	Total	33	59	8
	Ja-Stimmende	12	82	7
	Nein-Stimmende	73	20	8
Gleichgeschlechtliche Paare sollen nicht Kinder adoptieren dürfen.	Total	31	63	6
	Ja-Stimmende	10	85	5
	Nein-Stimmende	69	26	6

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 71 Prozent aller Stimmenden (sowie 96% aller Ja-Stimmenden bzw. 31% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Ehe für alle ein längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare ist. 23 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 6 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente Total 2'220 Ja-Stimmende 1527, Nein-Stimmende 693.

6 Anhang

6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 26. September 2021, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 27. September und dem 15. Oktober 2021 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 19: Technischer Kurzbericht VOX – Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	27. September bis 15. Oktober 2021
Stichprobengrösse	minimal 3000, effektiv 3'024 (Papier: 1'328, Online: 1'696) n DCH: 1849, n FCH: 770, n ICH: 405 (Papier: n DCH: 721, n FCH: 398, n ICH: 209) (online: n DCH: 1'128, n FCH: 372, n ICH: 196)
Stichprobenfehler	± 1.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmer:innen aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Von den beim BFS bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'631 erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'455 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 26. September 2021 umfasst insgesamt 3'024 Befragte, wovon rund 61 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'849), rund 26 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=770) und rund 13 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=405) stammen.

Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'631
Postretouren/Verstorbene Zielpersonen	75
total gültige Adressen	7'556
Verweigerung/Abmeldungen	68
total realisierte Interviews	3'101
Löschungen aus Qualitätsgründen	77
final verwendete Interviews	3'024

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+24,4 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen. Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat

beträgt bei der Kapitalbesteuerung +1 Prozentpunkte und bei der Ehe für alle +4.7 Prozentpunkte.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 77 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei [Swissvotes \(Swissvotes.ch\)](https://www.swissvotes.ch) jeweils rund zwei Wochen nach Publikation des Berichts frei zugänglich.

6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die "Unit Non Response" (das heisst, fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellern Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischer Merkmale identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels "Hot-One-Encoding" anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

6.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Der Zufallsfehler erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 21: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.		

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramér's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammen-

hang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl beizuziehen sind.

6.2 Über die Studie

6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen, noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmer:innen werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können rund zwei Wochen nach Publikation des Berichts bei [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Berichte sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch).

6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

6.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

TOBIAS KELLER

Projektleiter, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computer-gestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politik- und Datenwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



OLGA JENZER

Praktikantin Data Science und Politikanalyse

✉ olga.jenzer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Quantitative und qualitative Methoden, Visualisierungen, Recherchen



MAJA SCHOCH

Praktikantin Data Science und Politikanalyse

✉ maja.schoch@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Visualisierungen, statistische Methoden, Machine Learning, Programmierungen



ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

